



> [Landrat / Parlament](#) || [Geschäfte des Landrats](#)

Titel: Postulat von Christof Hiltmann, FDP-Fraktion: 5-Punkte-Plan gegen den Verkehrskollaps: Abstimmung zur Vignettenpreiserhöhung - Verwendung des möglichen Entlastungsbetrags

Autor/in: [Christof Hiltmann](#)

Mitunterzeichnet von: Buser

Eingereicht am: 17. Oktober 2013

Bemerkungen: --

[Verlauf dieses Geschäfts](#)

Am 24. November 2013 entscheiden die Schweizer Stimmbürgerinnen und Stimmbürger über die Erhöhung des Preises für die Autobahnvignette von 40 auf 100 Franken. Verknüpft mit der Preiserhöhung sind die Schaffung einer Zweimonatsvignette und die Aufnahme von knapp 400 Kilometern kantonaler Strassen in das Nationalstrassennetz. Im Kanton Basel-Landschaft würden im Falle einer Annahme mit der H18 von der Kantonsgrenze bis Hagnau und der H2 von Pratteln bis Sissach insgesamt 38,4 Kilometer Strasse an den Bund übergehen. Damit wäre ab 2014 der Bund für den Unterhalt und Ausbau dieser Streckenabschnitte verantwortlich.

Die Berechnungen des Bundesamtes für Strassen ASTRA zeigen auf, dass der Kanton Basel-Landschaft dadurch, nach Abzug der ebenfalls wegfallenden Beiträge, um 7.88 Millionen Franken jährlich entlastet würde. Zudem könnten bereits geplante Ausbaumassnahmen, wie beispielsweise der Vollanschluss Aesch an der H18, aus dem Investitionsprogramm gestrichen werden.

Diese freiwerdenden Beträge müssen, auch vor dem Hintergrund der Wirtschaftsoffensive, in neue Infrastruktur-Projekte investiert werden, die dazu dienen, die bestehenden Verkehrsprobleme in Baselland zu lösen. Insbesondere die A2 zwischen Augst und Hagnau benötigt dringend Entlastung. Diesbezüglich existieren diverse Vorschläge zum Beispiel aus dem 5-Punkte-Plan gegen den Verkehrskollaps ("Baselland-Spur" auf der A2, Park-and-Ride-System in Pratteln Salina Raurica). Mit solchen Massnahmen kann die Staubelastung für Industrie und KMU gesenkt und die Standortattraktivität von Baselland erhöht werden. Gleichzeitig bekämen die Anrainergemeinden der A2 eine Chance auf Entlastung vom heute täglichen Ausweichverkehr.

Der Regierungsrat wird gebeten, die Planung für die Verwendung der möglicherweise durch den Netzbeschluss zu den Nationalstrassen freiwerdenden Gelder aufzuzeigen. Dabei sind Investitionen in Infrastruktur-Projekte zu bevorzugen, welche auf die Lösung bestehender Verkehrsprobleme abzielen.